

Stadtrat Kamen, Sitzung vom 07.12.2023

Haushaltsrede von Ulrich Lehmann

Die beiden vergangenen Jahre waren für die Finanzen der Stadt Kamen eine Mischung aus Glück und vom Land verordneter Vertuschung der wahren Kosten.

Damit ist nun Schluß und zwar in doppelter Hinsicht.

Die Glückssträhne aus Einnahmen, die stärker steigen als kalkuliert und Ausgaben, die sich nicht ganz so dynamisch entwickeln, wie kalkuliert, findet nun ihr vorläufiges Ende.

Zum anderen ist es ab 2024 nicht mehr möglich, die Kosten der völlig verfehlten Coronapolitik und die Kosten des Ukrainekrieges als „außerordentliche Erträge“ zu verbuchen und ihre Wirkung für die städtischen Finanzen zu vertuschen.

Vielmehr ist nun die Rückkehr zu Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit angesagt:

Hinzu kommt noch, daß finanzielle Risiken, die schon 2022 absehbar waren, sich in 2023 realisiert haben. Zu nennen sind hier insbesondere

- die Tarifsteigerungen in Folge der hohen Inflation,
- steigende Zinskosten in Folge der Zinswende,
- steigende Energiekosten.

Das sich ergebende Bild ist katastrophal:

- 9,5 Millionen Defizit für 2024
- 8,5 Millionen Defizit für 2025.

Diese Zahlen sind kein Unglück, das plötzlich über die Stadt Kamen hereingebrochen ist. Vielmehr spiegeln sich in diesen Zahlen die Folgen der verhängnisvollen Politik der Bundesregierung wieder auf die Finanzen der Stadt Kamen:

- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, die Versorgung mit preisgünstigem Erdgas aus Rußland einzustellen, mit der Folge, daß wir alle mehr als doppelt so viel Geld für Erdgas zahlen müssen als noch in 2021.
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, die CO2-Abgabe für 2024 weiter zu erhöhen, mit der Folge zusätzlich steigender Energiepreise.
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, die LKW-Maut ab 2024 zu erhöhen und auch noch auszuweiten, mit der Folge, daß alles teuer wird, weil in jedem Produkt und in jeder Leistung Transport- und Energiekosten enthalten sind.
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, die sogenannte Energiewende bis zum Exzeß weiterzutreiben, mit der Folge, daß wir die höchsten Strompreise weit und breit haben.
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, Flüchtlinge aus der Ukraine ins Harz-IV-System aufzunehmen (ein Großteil der 6,8 Millionen „außerordentlicher Erträge“ aus 2023 dürfte auf die Unterbringung der Ukraineflüchtlinge entfallen),
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, das Bürgergeld so zu bemessen, daß die soziale Hängematte für Geringverdiener attraktiver ist als arbeiten zu gehen,
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, unbegrenzte Zuwanderung ins Land zu lassen. Die Kosten der Zuwanderung schlagen sich für die Stadt Kamen vor allem in einer explodierenden Kreisumlage nieder. Hinzu kommen noch weitere Unterbringungskosten.
- Es war die Entscheidung der Bundesregierung, wider den gesunden Menschenverstand völlig sinnfreie Coronaschutzmaßnahmen zu

verhängen. Rund 15 Millionen Euro sind hierfür allein in Kamen zum Fenster herausgeworfen worden.

Eine finanzielle Katastrophe reiht sich an die nächste, eine Fehlentscheidung reiht sich an die nächste und ein Ende ist nicht abzusehen.

Und wissen sie was? Sie, Frau Kappen und liebe Kollegen von den Altparteien, Sie haben fleißig mitgemacht!

Die finanzielle Lage der Stadt Kamen und die finanzielle Perspektive der Stadt Kamen sind auch das Ergebnis **Ihres** Verhaltens und **Ihrer** Entscheidungen.

Ihre Aufgabe als Bürgermeisterin ist es, Frau Kappen, Schaden von den Bürgern der Stadt Kamen abzuwenden. Da wünsche ich mir, daß Sie als Bürgermeisterin der Stadt Kamen Verantwortung übernehmen, sich vor Ihre Bürger stellen und der Bundes- und der Landesregierung ein Zeichen setzen, und ihnen sagen, daß in Kamen Schluß ist, mit der Aufnahme von Zuwanderern.

Das Maß ist voll und unsere Mittel sind erschöpft.

Wir können nicht mehr und wir wollen nicht mehr.

Das können Sie auch gerne im Bündnis mit anderen Bürgermeistern aus der Nachbarschaft machen.

Der Gang in die Haushaltssicherung wird nur durch den Kunstgriff der für 2026 geplanten Sondergewinnausschüttung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung vermieden.

Machen wir uns nichts vor, das ist eine einmalige buchhalterische Sache, die uns lediglich etwas Zeit verschafft. Im Grundsatz ändert sich dadurch nichts.

Tatsächlich wird durch diese Maßnahme nur den Gebührenzahlern Geld genommen, was die Steuerzahler eigentlich aufbringen müßten.

Wir sollten die hierdurch gewonnene Zeit nutzen, unsere Hausaufgaben machen und das finanzielle Problem der Stadt lösen. Die Stadt Kamen hat vor allem ein Ausgabenproblem und das gilt es in den Griff zu bekommen, sonst ist alles weitere vergebens.

Vor allem die Personalkosten und die Transferaufwendungen wachsen seit Jahren unbegrenzt.

Man muß sich bewußt machen, daß sich seit 2017 die Zahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen um mehr als 100 erhöht hat. Diese Entwicklung muß gestoppt werden.

- Keine zusätzlichen Stellen mehr per Saldo!
- Prüfen, ob all die im Stellenplan ausgewiesenen Stellen tatsächlich benötigt werden. Im Jahr 2022 waren 40 Stellen unbesetzt. Brauchen wir die alle? Der Betrieb lief doch bisher auch so!
- Remigration jetzt!

Die Ausgaben müssen gesenkt werden!

Mut zur Wahrheit!

Pragmatische Lösungen bietet nur die Alternative für Deutschland.

Diesen Entwurf lehne ich jedenfalls ab.

Danke.